

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 Mk. — Unter Kreuzband 1 Mk. 25 Pf. — Alle Posthalter, für Berlin alle Zeitungs-Spediteure, nehmen Bestellungen an. — Inserate pro Zeile: Geschäftsang. 25 Pf., Familienang. 15 Pf., Vereinsanzeigen 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O., Weißmalzstr. 22/23. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hirsch-Dunder).

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl. unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche franco an den Verbandsleiter Rudolf Klein, N.O., Weißmalzstr. 22/23, eingeleitet sind. Für Mitglieder 25 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement seitens der Gewerksvereine 25 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 34.

Berlin, 21. August 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Aufruf an die Gewerks- und Ortsvereine aller Berufe! — Die „dumme“ Masse. — Die württembergische Fabrikenspektion für 1905. — Die Selbstverwaltung der Krankenkassen. — Erholungsurlaub für Arbeiter. — Wochenlohn. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Aufruf an die Gewerks- und Ortsvereine aller Berufe!

Eine vom Zentralrat einberufene gemeinschaftliche Sitzung aller Generalkomitees und Hauptvorstände mit dem Zentralrat hat beschlossen, das „Korrespondenzblatt“ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine mit unserm Verbandsorgan „Der Gewerksverein“ zu verschmelzen und das umgestaltete Verbandsorgan vom 1. Oktober ab zweimal wöchentlich erscheinen zu lassen. Der Zentralrat hat in seiner Sitzung vom 16. August diesem Beschlusse zugestimmt. Jeder Gewerksverein abonniert für jeden Ortsverein auf 4 Exemplare, die durch das Berliner Post-Zeitungsamt zur Versendung gebracht werden. Die Bestellung dieser 4 Exemplare erfolgt für jeden Ortsverein durch den betreffenden Hauptvorstand bzw. Generalkomitee wie bisher beim Verbandsbureau, und das Verbandsbureau gibt die Bestellungen an das Post-Zeitungsamt weiter.

Vom Mittwoch, 4. Oktober, ab, muß ein dazu von jedem Ortsverein bestimmter Kollege jeden Mittwoch und Sonnabends zum Postamt gehen und die 4 Exemplare seines Ortsvereins in Empfang nehmen. Will der betreffende Ortsverein seine 4 Exemplare an die Adressen der einzelnen Empfänger durch den Briefboten besorgen lassen, so muß dieses dem Orts-Postamt erklärt und für die Zustellung ins Haus durch den Briefboten eine Gebühr von 18 Pfg. pro Quartal und Exemplar bezahlt werden. Dieser kleine Betrag darf in der Regel aus dem Bildungs- oder Wohlfonds entnommen werden.

Wenn „Der Gewerksverein“ als ein zweimal wöchentlich erscheinendes Organ seinen Zweck, die Gewerksvereiner rasch zu informieren und für die Organisation und Agitation zur Wahrnehmung der allgemeinen Arbeiterinteressen weiter zu bilden, in vollem Maße erfüllen soll, dann kann dies nur geschehen, wenn die Exemplare regelmäßig an jedem Mittwoch und Sonnabend pünktlich in die Hände der Leser kommen.

Jedes Auszubühmitglied dürfte wohl auch gern bereit sein, die 18 Pfg. pro Quartal Briefträger-Bestellgeld aus eigenen Mitteln aufzubringen, wenn die obengenannten Fonds nicht vorhanden sein sollten.

Vorgeschrieben ist, daß jeder Ortsverein diese Frage für seine Exemplare einheitlich regelt und für pünktliche Zustellung der Organe sorgt, entweder durch den Briefboten oder durch einen besonderen Boten. In kleineren Orten, wo es nur ein Postamt gibt, wird das Abholen von der Post meist bevorzugt werden.

Zu einer erhöhten Wirksamkeit wird „Der Gewerksverein“ emporschreiten können, wenn neben den Pflichtexemplaren möglichst viele Gewerksvereiner das Blatt bestellen. Vom 1. September ab nimmt jede Postanstalt Bestellungen entgegen. „Der Gewerksverein“ kostet vom 1. Oktober ab als zweimal wöchentlich erscheinendes Organ nur 65 Pfg. beim Abholen von der Post und 83 Pfg.

bei regelmäßiger Bestellung durch den Briefträger ins Haus.

Wir geben uns der festen Überzeugung hin, daß zahlreiche Gewerksvereiner bereit sein werden, dieses kleine Opfer für ihre geistige Emporhebung und Fortbildung zu bringen. Dadurch wird der Verband in den Stand gesetzt, sein Organ weiter auszubauen, um zum wöchentlich dreimaligen Erscheinen desselben überzugehen. Insbesondere sollten alle diejenigen Gewerksvereiner, die es ernst meinen mit einer beschleunigten Weiterentwicklung unserer Organisation, Abonnenten des Blattes werden, um zu jeder Zeit befähigt zu sein, unsere Anschauungen auch den Gegnern gegenüber zu vertreten.

Gewerksvereiner! Niemals waren die Gewerksvereine so hart bedrängt wie in der Gegenwart. Aber keine Zeit war ihnen auch so günstig wie diese. Immer mehr Arbeiter erkennen an, daß nur eine nach jeder Richtung hin freie und unabhängige Berufsorganisation imstande sein kann, ihre Interessen energisch wahrzunehmen. „Korrespondenzblatt“ und „Gewerksverein“ waren in den jüngsten Wochen wiederholt in der Lage, Zeichen dieser besseren Erkenntnis veröffentlicht zu können.

Das neue Verbandsorgan wird die Vorsätze beider bisherigen Ausgaben zu vereinen bestrebt sein, insbesondere durch eine knappe aber scharf pointierte Darstellungsweise.

Das Verbandsorgan wird vom 1. Oktober ab den Titel führen:

„Der Gewerksverein“,
Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereinsvorstände vom Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder).

Alle bisherigen Abonnenten des „Korrespondenzblattes“ werden dem Verbandsorgan ihre Sympathien erhalten und bei der Post auf den „Gewerksverein“ abonnieren. Es wird ihnen aber auch möglich sein, zahlreiche neue Freunde und Leser zu gewinnen, weil der Preis auf 65 Pfg. pro Quartal herabgesetzt werden konnte.

Gewerksvereiner! Wirkt für die Ausbreitung des Verbandsorgans, damit es bald weiter ausgebaut werden kann und durch die große Zahl seiner Leser in die Lage kommt, nicht nur energisch, sondern auch recht erfolgreich für unsere, uns allen heilige Gewerksvereinsache zu kämpfen.

Berlin, 20. August 1906.

Das Bureau des Zentralrats.

Die „dumme“ Masse.

Das gegen den ausdrücklichen Willen der Generalkommission durch den sozialdemokratischen Parteivorstand veröffentlichte Protokoll über die Sitzung der gewerkschaftlichen Vorstandskonferenz ist dauernd Gegenstand der Erörterung in der gesamten Presse. Der aufmerksame Leser des umfassenden Protokolls muß zu dem Schluß kommen, daß Gewerkschaften und Partei nach wie vor eins sein wollen, daß aber die Partei über den Gewerkschaften stehen möchte und umgekehrt, die Gewerkschaften der Partei die Haltung vorschreiben wollen. Jeder Teil will über den andern die Herrschaft haben. Daraus entstehen natürlich unüberbrückbare

Gegenläge, die täglich neue Schwierigkeiten hervorrufen müssen. Verschäuft werden diese durch die weit auseinandergehenden Meinungsverschiedenheiten über das Wesen der Partei und über die Aufgaben der Gewerkschaften. Die einen behaupten, die Gewerkschaften übten den von der Sozialdemokratie dogmatisch vorgeschriebenen Klassenkampf, während die anderen wieder sagen, daß die gewerkschaftliche Bewegung gar keine Klassenbewegung sei. In der „Leipziger Volkszeitung“ wurde die Anschauung vertreten, daß die gewerkschaftliche nur die Bewegung einer Arbeiteraristokratie, nicht die Bewegung der Arbeiterklasse selbst sei. Die Gewerkschaften ständen in gar keinem Verhältnis zu der proletarischen Klassenbewegung. Die Radikalen, der „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ usw., hielten natürlich am liebsten sehen mögen, daß die deutsche Arbeiterschaft die blutrünstigen Reden von Jena in die Tat umgesetzt und in Anlehnung an die russische, auch in Deutschland eine Revolution gemacht hätte.

Die Gemäßigten wollen von einer Revolution nichts wissen und würden herzlich froh sein, wenn in Rußland Ruhe würde, weil sie fürchten, die Radikalen könnten es doch noch fertig bringen, die deutsche Arbeiterschaft auf die Straße und vor die Flinten zu treiben. In allen Fragen gehen die Anschauungen weit auseinander. Auf der einen Seite wird von den wirtschaftlichen Kämpfen gesagt, daß sie die Arbeiter von einer Niederlage zur anderen führten, auf der anderen Seite aber rühmt man innerhalb derselben Partei die Erfolge dieser Kämpfe. Dann wieder lobt man die wissenschaftlichen Theoretiker der Sozialdemokratie, während wieder andere sich freuen, daß das Hauptorgan dieser Theoretiker, „Die neue Zeit“, in der Arbeiterschaft nicht viel gelesen werde, es würde sonst „noch mehr Unheil“ anrichten. Dann kommt ein um die Zukunft der Partei Besorgter und spricht die Befürchtung aus, das Uebermaß der Unterstützungseinrichtungen in den Gewerkschaften brauche die vorhandenen Kräfte ganz und gar für die Verwaltungszwecke auf und benachteilige die Partei, weil die notwendig sehr in die Höhe getriebenen Gewerkschaftsfeuern vielen Arbeitern die Zahlung von Parteibeiträgen sehr erschwere. Ein Dritter wieder nennt diesen Ausdruck unverantwortlich und klagt „Die neue Zeit“ an, daß sie solchen Ausführungen ihre Spalten öffnete.

Die Radikalen vertreten auch noch heute den Standpunkt der Verelendungstheorie, die Gemäßigten aber sagen, daß es eine überwundene Anschauung sei, daß die Arbeiter ständig elender werden müßten, wenn sie reiß werden sollten für den Klassenkampf. Hier will man allmählich in den Zukunftsstaat hineinwachen, dort wieder predigt man, daß die physische Gewalt in letzter Linie über die Klassenkämpfe entscheide. Die Parteiführung gebärdet sich immer radikal, Bebel wartete in Jena schon bis an die Lebensspitzen im Blute, während derjenige, der die Verhältnisse seines Berufes studiert, in seiner Organisation arbeitet, sich vom Radikalismus abwendet.

Da rät wieder einer, daß es Pflicht eines jeden Arbeiters sei, sich auf den Boden des Generalstreiks zu stellen, ein anderer Parteigenosse aber warnt, Kindern das Messer in die Hand zu geben, sie könnten sich damit verletzen. Selbst in den einfachsten Dingen besteht starke Meinungsverschiedenheit. So hat der gegenwärtige Redakteur des „Vorwärts“, Dümell, es einmal fertig gebracht zu „beweisen“, daß Lohnerhöhungen keinen sozialen Fortschritt bedeuteten. Die Einkommenssteigerung für einen Jorist könne eine wirtschaftliche Schädigung der Gesamtheit mit sich bringen. Hiernach dürften die Arbeiter keine Lohnerhöhungen mehr verlangen, denn dadurch könnte die Gesamtheit geschädigt werden. Auf den Parteitagen der Sozialdemokratie spricht man von den „gehobenen Erntezügen“ und meint die Gewerkschaftsführer damit, die nicht mehr mit dem Glend fühlen könnten. Ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer erklärt, wenn man den Spieß umdrehe, so könne man von den Parteitagen als von den „Beamtenparteitagen“ sprechen und die Beamten der Partei bezögen doch noch höhere Gehälter.

So geht es wild und kraus durcheinander, jeder aber gibt seine Meinung für die allein „zielbewußte“ aus. Die Masse wird von dem einen wie von dem andern für dumm und blöde gehalten, die jedem folgt, der ihr nach den Mund zu reden weiß. Verweist dann einer auf den Beschluß einer Massenversammlung, dann spottet der andere darüber mit dem Hinweis, man wisse ja, wie solche Rundgebungen zustande kämen. Bismarck, von dem das Wort stammt, „Sozialdemokraten und Gewerkschaften sind eins“, goß eine volle Schale des Spottes aus über die dumme Masse, die immer beischleift, was die Führer haben wollen.

Er sagte:

„Wie habe ich doch gelacht, als ich diesen Protestrummel hörte. . . . Wir wären doch dumme Kerle, wenn wir nicht imstande wären, in Versammlungen einen und richtig erscheinenden Beschluß herbeizuführen. Das müssen wir ja jeden Tag machen. Ueber solche Protestversammlungen sollten wir gar nicht reden, ich könnte nachweisen, daß Leute später wegen der Stellungnahme der Generalkommission zum „Vorwärts“ Konflikt Protestresolutionen beschloffen haben, obwohl sie den Artikel nicht gelesen hatten. Solchen Sachen sollten wir keine Bedeutung beilegen, wir sollten nicht in unserer Diskussion auf die Proteste hinweisen, die ja meist in so ganz eigenartiger Weise zustande kommen.“

Das ist deutlich! Bismarck scheint eine alte ehrliche Haut zu sein, sonst würde er sich nicht so frei ausgesprochen haben. Die andern „Zielbewußten“ denken genau so, nur sagen sie es nicht.

Es war klar, daß es der Generalkommission unangenehm sein mußte, das Protokoll veröffentlicht zu sehen. Der Gewerkschaftsführer und Sozialdemokrat zugleich ist, was auf alle zu trifft, dem muß es natürlich einen Schmerz bereiten, der Masse einen Einblick gewähren zu müssen in all diese Ränkeschmiederei und den Wirrwarr der Meinungen. Daneben ist es allerdings ein unerhörter Vertrauensbruch, wenn die Partei ein Gewerkschaftsprotokoll gegen den Willen der Gewerkschaftsführung veröffentlicht. Dadurch erhebt sich die Partei über die Gewerkschaften und sieht in ihnen nicht eine selbständige, gleichberechtigte, sondern einzig und allein eine den Interessen der Partei untergeordnete Bewegung. Den Gewerkschaften wird damit in schroffster Form die Gleichberechtigung abgeprochen. Sie haben sich kurzerhand zu fügen, wo das „Interesse der Partei“ es fordert! Die Gewerkschafter mögen sich dagegen sträuben und protestieren, so laut sie nur können, helfen wird es ihnen nicht. Die Gewerkschafter sind die Soldknechte der Partei und werden es so lange bleiben, bis sie die unglückliche Verquickung zwischen Partei und Gewerkschaften erkennen und sich von ihr freimachen. Dazu aber fehlt ihnen wieder der Mut, weil sie fürchten, ohne die Partei nicht bestehen zu können.

Die württembergische Fabrikeninspektion für 1905.

II.

Die Zahl der in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen beschäftigten weiblichen Personen betrug 1905 insgesamt 55 406 (gegen 52 663 im Vorjahre). Sie hat demnach um 5,2 pCt. zugenommen. Die Zahl der Fabriken, in denen Arbeiterinnen über 16 Jahre beschäftigt wurden, stieg von 2107 auf 2394, somit um 13,6 pCt., die Zahl der verwendeten Arbeiterinnen über 16 Jahre von 44 970 auf 47 251, somit um 5,1 pCt.

Eine über die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen hinausreichende weitere Verkürzung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen an den Sonntagen, zum Teil an den Vorabenden der Festtage, habe im Berichtsjahre erfreuliche Fortschritte gemacht. Die von den Arbeitgebern sowohl als von den Arbeiterinnen anfangs gegohete Befürchtung, hierdurch könnte ein Produktions- bezw. Lohnausfall resultieren, sei nicht eingetroffen; vielmehr wiederholte sich auch hier die sonst bei der Herabsetzung der Arbeitszeit gemachte Erfahrung, daß sie die Leistungsfähigkeit der einzelnen Arbeiterinnen steigere und daß folglich der Unternehmer in seinen Betriebsinteressen und die Arbeiterinnen in ihrem Lohneinkommen nur in geringfügigem Maße berührt werden.

Die Art der Beschäftigung von Arbeiterinnen sei im allgemeinen keine beschwerliche und dem weiblichen Organismus angemessen, so daß hieraus keine Nachteile für die körperliche Entwicklung der Arbeiterinnen zu befürchten seien.

Ungeeignete Beschäftigung von schwangeren Arbeiterinnen war in mehreren Fällen zu unterzagen. So in einer Filzfabrik das Heben von ziemlich schweren Filzballen, in einer Weberei das Transportieren von Kettenbäumen, in einer Bettfedernfabrik das ununterbrochene Stehen an der Lesemaschine, wo die Arbeiterinnen meist vornüber gebeugt arbeiten müssen. Zum Einschreiten habe ferner Veranlassung gegeben die Verwendung einer schwangeren Frau zur Bedienung eines großen Formenbügelofens in einer Strumpfwarenfabrik, der stets eine Wärmtemperatur von 90° R aufweisen mußte und in einem ziemlich niedrigen und engen Raum aufgestellt war.

In einigen größeren Putzateliers mit offener Verkaufsstelle und in Warenhäusern wurden wiederholt Versuche gemacht, die Arbeiterinnen dem Bereiche der Berordnungen dadurch zu entziehen, daß sie als zum Handelspersonal gehörig ausgegeben wurden. Obwohl zuweilen die Grenze zwischen gewerblicher Arbeiterin und Ladnerin schwer zu ziehen sei, so konnte doch in vorliegenden Fällen nachgewiesen werden, daß die Hauptbeschäftigung der Arbeiterinnen im Garnieren der Hüte und im Kleidermachen bestand und die Berordnungen Anwendung zu finden hatten. Schwieriger

sein jedoch die Verhältnisse gelegen, wenn es sich um die Frage handele, ob Konfektionsarbeiterinnen nach Schluß der Arbeitszeit in der Werkstätte oder im Ladenbetrieb des betr. Unternehmers weiter beschäftigt werden dürfen, ohne daß ein Antrag auf der für die Werkstättenarbeit vorgeschriebenen Ueberzeittafel zu erfolgen habe.

Nach der Rechtsprechung sei die Beschäftigung in einem mit einem Werkstattbetrieb verbundenen Ladengeschäft dann nicht als Werkstattbeschäftigung anzusehen, wenn der Ladenbetrieb über den Namen einer der Zweigen des Werkstattbetriebes dienenden und durch sie bedingten kaufmännischen Tätigkeit hinausgeht. Es konnte deshalb gegen die in einigen Kaufhäusern übliche Weiterverwendung von Arbeiterinnen, die zuerst in der Werkstätte bis zum Höchstmaß der zugelassenen Stunden beschäftigt worden waren, dann als Verkäuferinnen, nicht eingeschritten werden, wogegen denjenigen Geschäften, die nur in der Werkstätte hergestellte Gegenstände (Kleider, Hüte) verlaufen, eine solche Verwendung ihrer Werkstattarbeiterinnen im Ladenbetrieb nicht zugelassen werden konnte.

Was bedeutet diese Rechtslage? Einmal eine Bevorzugung der großen Waren- und Geschäftshäuser gegenüber den kleineren Gewerbetreibenden. Außerdem geht auch ein Teil des bezweckten gewerblichen Arbeiterinnen schutzes verloren, ja in manchen Fällen kann infolge der für die Handelsgehilfinnen und die gewerblichen Arbeiterinnen verschiedenartigen gesetzlichen Bestimmungen eine doppelte Inanspruchnahme auch der jugendlichen Arbeiterinnen stattfinden. So wurde bei Revision des Fuhrarbeiters eines Warenhauses festgestellt, daß die Fuhrarbeiterinnen nach Ablauf ihrer Arbeitszeit noch im Laden mit Aufräumen, Zurechtens usw. oft bis 11 und 12 Uhr nachts beschäftigt wurden. Wann wird sich hier Wandel schaffen lassen? Erst dann, wenn eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit der Gewerbe- und Handelsgehilfinnen erfolgt, die auch aus dem Grunde zu befürworten wäre, weil die Beschäftigung von Arbeiterinnen im Handel und Gewerbe in Geschäften dieser Art so ineinander greift, daß sie nicht immer auseinandergehalten werden können. Zudem sind für die Handelsgehilfinnen die gewerblichen Arbeiterinanspruchnahmen fast ganz illusorisch, da sie in der Saison an 60 Tagen im Kalenderjahr bis 13 Stunden täglich beschäftigt werden können, in der übrigen Zeit jedoch nur auf die für das Handelsgewerbe vorgeschriebene Ruhezeit Anspruch haben.

In den 9116 Fabriken (gegen 8313 im Vorjahre) des Königreichs waren zusammen 195 230 Arbeiter (gegen 185 201 im Jahre 1904) beschäftigt, darunter erwachsene männliche Arbeiter: 128 820, erwachsene weibliche: 47 251, junge Leute: 18 216, Kinder unter 14 Jahren: 948. Die Zahl der Anlagen hat gegenüber dem Vorjahre um fast 10 pCt. zugenommen; die Zahl der Arbeiter überhaupt ist um 5,4 pCt. gestiegen, diejenige der erwachsenen männlichen und weiblichen Arbeiter um je 5,2 pCt., diejenige der jungen Leute um 7,4 und diejenige der Kinder unter 14 Jahren sogar um 11,5 pCt.

Was nun die Arbeitszeit der Arbeiter betrifft, so haben die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt im verfloffenen Jahre zu weiteren Verkürzungen geführt. Von besonderer Bedeutung dürfte die von der Generaldirektion der Staatseisenbahnen verhängte Einschränkung der 9stündigen Arbeitszeit in sämtlichen Eisenbahnwerkstätten sein. Vielleicht nimmt unser Verbandsredakteur in seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter Anlaß, diese Neuerung auch für die preußischen Eisenbahnwerkstätten durchzuführen zu helfen. (Das ist bereits mit Erfolg geschehen. R. G.)

Von einem bemerkenswerten Fortschritt bezüglich der Bezahlung der Ueberstunden wird von einer Uhrenfabrik des zweiten Bezirks berichtet. Dort erhalte jeder Arbeiter, der auf ausdrücklichen Wunsch der Fabrikleitung Ueberzeitarbeit leistet, einen Zuschlag von 30 pCt. zu seinem Stunden- oder seinem verhältnismäßigen Akkordlohn. Solche Vergütung bildet aber heute noch eine Ausnahme, obwohl es sich rechtfertigen läßt, daß auch dem Akkordarbeiter eine angemessene Zulage für Ueberstunden gebührt. Kann doch der Akkordarbeiter einen höheren Lohn als der Zeitlohnarbeiter nur durch gesteigerte Arbeitsleistung, also rascheren Verbrauch seiner Arbeitskraft erreichen. Sein Mehrverdienst bei regelmäßiger Arbeitszeit kann schon darum nicht als besondere Zulage für Ueberstunden angesehen werden. Auch besitzt der durch die regelmäßige Arbeitszeit schon mehr abgepannte Akkordarbeiter bei Ueberstunden vielfach die den Tag über bewiesene Spannkraft nicht mehr. Diese kann aber nur durch kräftigere Ernährung, d. h. durch größere Selbstanwendung, erhöht werden. Unter Umständen wird es vorkommen, daß dadurch nicht nur der Mehrverdienst, sondern vielleicht ein noch höherer Betrag dafür aufgewendet wird.

Es kommen auch in manchen Betrieben die mit dem eigentlichen Prämienlohn nicht zu verwechselnden Prämien und Extrabergütungen vor, welche den Arbeitern nach Ablauf einer bestimmten Zeit ihrer Beschäftigung in dem Betriebe gewährt werden. Mit Recht wird hierbei betont, daß sie, da die Arbeiter auf die Ausbezahlung derartiger Prämien keinen rechtlichen Anspruch haben, für den Unternehmer gewissermaßen eine Sicherheit gegen den Austritt der Arbeiter darstellen, während sie auf der anderen Seite den Arbeitern einen Wechsel der Arbeitsstätte sehr erschweren.

Die Institution der Arbeiterauschüsse gewinne allmählich auch größere Bedeutung. Diese Wandlung sei auf die Kräftigung der Arbeiterorganisationen und auf das wachsende soziale Verständnis der Arbeitgeber zurückzuführen.

Bei den Lohnbewegungen waren die Bestrebungen der Arbeiter auf Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung oder bessere Bezahlung der Ueberzeitarbeit, Abschaffung von Kost und Wohnung beim Meister und sodann auf Erreichung von Tarifverträgen und Anerkennung der Arbeiterorganisationen gerichtet. Den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen wird eine eingehende, 15 Seiten umfassende Darstellung gewidmet, was anerkennend hervorgehoben werden muß.

Nach diesen Ausführungen haben sich sowohl die Arbeiterorganisationen als Unternehmerverbände zu einflussreichen Machtfaktoren entwickelt. Aus dem Abschnitt der Arbeiterorganisationen ergebe sich insbesondere die Tatsache, daß die deutsche Arbeiterschaft mächtig vorwärts strebt. Durch die soziale und geistige Bildung, sowie durch die gewerkschaftliche Schulung, welche die Organisationen ihren Mitgliedern gewähren, wird die Arbeiterklasse mehr und mehr gehoben, zugleich wächst das Selbstbewußtsein der Arbeiter, die geschlossenen Organisationen verleihen ihnen ein gewisses Stärkegefühl, so daß sie den Unternehmern gegenüber mit ihren Ansprüchen hervortreten und bei der Festsetzung der Arbeits- und Lohnverhältnisse des Betriebes mitwirken wollen. Die Mitwirkung der Arbeiter bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse entspricht auch der modernen sozialen Idee, der sogenannten „konstitutionellen Unternehmung“, nach welcher nicht mehr der absolute Wille des Unternehmers ausschließlich zu herrschen hat, sondern auch die Arbeiter bei Gestaltung der Fabrikseigebung mitzureden haben sollen. Bei ihrem Vorgehen halten die Arbeiter an den Wurzeln ihrer Kraft, an ihren Organisationen fester. Durch ihre Organisationen wollen sie mit den Unternehmern verhandeln, nur geschlossen wollen sie den Unternehmern entgegentreten. Bei fast allen neueren Lohnbewegungen erstreben die Arbeiter nicht nur die Verbesserung der tatsächlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sondern gerade die Anerkennung ihrer Organisationen durch die Unternehmer und Mitwirkung derselben bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen.

Diese korporative Festlegung der Arbeitsbedingungen durch berufliche Arbeiterorganisationen einerseits und den Unternehmern oder Arbeitgeberverbänden einzelner Industriezweige andererseits führt zum Abschluß von Tarifverträgen. Solche sind im verfloffenen Jahre durch die Lohnbewegungen der organisierten Arbeiterschaft in einer Reihe von Gewerben mit Erfolg erlangt worden.

Die Selbstverwaltung der Krankenkassen.

Bei dem sich alljährlich im Reichstage wiederholenden sozialpolitischen Debatten nehmen die über die Arbeiterversicherung einen respektablen Raum ein. Das Hauptgespräch war zuletzt u. a. die geplante Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung und die Frage, ob Selbstverwaltung durch die Versicherten oder bürokratische Verwaltung den Vorzug verdiene. Volkstreuende Reichstagsabgeordnete und Anhänger der freien Selbstverwaltung treten bei solchen Gelegenheiten mit Energie für Erhaltung derselben ein, während reaktionäre Parteien die Verwaltung der Krankenkassen, insbesondere der Ortskrankenkassen, in die Hände einer Schar gewesener Militärs legen möchten. Die letzteren gehen von der Meinung aus, daß in sehr vielen Fällen die Ämter in den Krankenkassen zu Futterrippen sozialdemokratischer Agitatoren nutzbar gemacht werden. Leider hat ja die letzte Zeit erst wieder ein Dokument hergebracht, das diese Anschauung für einen bestimmten Fall bestätigt und den Gegnern der Selbstverwaltung Wasser auf ihre reaktionäre Mühle liefert.

Es ist dieses der Prozeß des Vorstandes der Ortskrankenkasse zu München gegen zwei ihrer Angestellten, über den wir am Schluß unserer Abhandlung berichten.

Um Angriffen auf die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen entgegentreten zu können, hat die Ortskrankenkasse zu Dresden als die geschäftsführende Kasse des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche eine Umfrage bei einem Teil der Ortskrankenkassen veranstaltet, die folgende Fragen enthielt:

1. Name und Sitz der Kasse?
2. Zahl der Kassemitglieder?
3. Zahl der Vorstandsmitglieder?
4. Gehören dem Vorstande Ihres Bistums Sozialdemokraten an? — Wieviel?
5. Sind Differenzen zwischen den Arbeitgeber-Vertretern und den Arbeitnehmer-Vertretern vorhanden gewesen? — Und wann?
6. Wenn ja, wodurch entstanden diese Differenzen?
7. Wieviel Beamte beschäftigt die Kasse?
8. Sind die Beamten als Sozialdemokraten bekannt? — Und wieviel davon?
9. Sind Sozialdemokraten als Beamte ohne Rücksicht auf ihre Fähigkeiten bevorzugt worden?
10. Sind sozialdemokratisch gesinnte Ärzte bei Anstellung oder Zulassung zur Kassenzurück bevorzugt worden?
11. Haben die der Sozialdemokratie angehörigen Vorstandsmitglieder oder die Beamten ihre Stellung benutzt, um Kassennittel politischen Zwecken dienlich zu machen?
12. Welche Wahrnehmungen sind nach dieser Richtung überhaupt bei der Kasse gemacht worden?

eine Erholungspause für die Arbeiter kommt in folgender Begründung zum Ausdruck:

... Im übrigen dürfte es auch viel zu weit gehen, Erholungsurlaub für Leute einzuführen, die nur körperlich tätig sind und unter die Gesundheit nicht schädigenden Verhältnissen arbeiten. Für Beamte, die geistig tätig sind und, wie es in vielen Geschäften noch vorkommt, angestrengt tätig sein und häufig überstunden arbeiten müssen, erscheint die Erteilung von Erholungsurlaub gerechtfertigt. Für Arbeiter dagegen ist ein solcher Urlaub nicht erforderlich. Die Beschäftigung dieser Personen ist an sich eine gesunde. Eine geistige Anstrengung kommt nicht vor, auch von körperlicher Überanstrengung kann man nicht reden. Soweit Handarbeit überhaupt noch zu leisten ist, erfolgte sie in einer Weise und in einem Tempo, die von einer Überanstrengung der Kräfte weit entfernt sind. Die sanitären Verhältnisse - Lüftung, Heizung, Beleuchtung, Trinkgelegenheiten, schnelle Hilfe bei Unfällen usw. - sind wohl ausnahmslos günstig. Die Arbeitszeit, die neuerdings in der Mehrzahl der Betriebe zur Einführung gelangt (von früh 7 bis mittags 12 Uhr und von 1 bis 6 Uhr nachmittags) ist zudem so bemessen, daß den Arbeitern völlig ausreichende Zeit zur Erholung und zur Bewegung im Freien bleibt.

Dieses Urteil wird vielen unbegreiflich erscheinen. Besonders merkwürdig ist an diesem Gutachten die Behauptung, daß die Arbeiter nur körperlich tätig sind. Bekanntlich bedient sich auch die deutsche Industrie der modernsten und kompliziertesten Maschinen.

Die Bedienung solcher Maschinen liegt nicht bloß mechanisch in den zehn Fingern, sondern streng auch den Geist des Arbeiters aufs äußerste an. Eine Maschine, die dauernd gute Ware produzieren soll, bedarf eine den Geist und die Nerven stark anspannende Aufmerksamkeit und Beobachtung. Es ist wohl auch anzunehmen, daß das Urteil der Handelskammer den Anschauungen einer Mehrzahl der Unternehmer widersprechen wird. Insbesondere ist es die in diesem Bezirk stark vertretene Textilindustrie, in welcher der Produktionsprozeß an Kraft, Nerven und Geist der Arbeiter große Anforderungen stellt.

Einsichtige Unternehmer werden sich gewiß bemühen, dem Arbeiterurlaub die Bahn ebnen zu helfen. Gewinnen würde dabei auch das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern und die Arbeitsenergie beider Teile. Gesundheit und Kraft heben die Arbeitsfähigkeit und den Lebensmut. Die Werbung und Wiederaufrechterhaltung dieser Kräfte ist von weittragender Bedeutung für die Industrie.

Wochenchau.

Berlin, 21. August 1906.

In dem Kampfe auf der „Roten Erde“ bei Aachen wird uns von dort geschrieben: „Die Direktion hat sich verrechnet, als sie annahm, daß die Arbeiter ihre Kündigung zurückziehen und wieder in die Betriebe zurückkehren würden. Die Arbeiter sind nicht gewillt, den Kampf aufzugeben, bevor nicht die Verwaltung des Hüttenwerkes Entgegenkommen zeigt, denn die Wünsche der Arbeiter sind mit Rücksicht auf die hohen Lebensmittelpreise, die wohl nirgendwo höher sind, als in Aachen, durchaus berechtigt! Die Direktion hat aber die Entscheidung aus der Hand gegeben, die jetzt bei dem Eisen- und Stahlwerberverband liegt. Streikbrecher gibt es nicht, wohl aber treten täglich neue Arbeiter des Werkes in die Reihen der Kämpfenden, weil ihnen zugemutet wird, Streikarbeit zu verrichten, was sie ablehnen und dann entlassen werden. Auch die Maschinenisten, die Heizer, Stahlwerksarbeiter und Lokomotivführer haben sich der Bewegung angeschlossen. Das Werk macht bekannt, daß am 1. September der Betrieb gänzlich eingestellt wird, wenn sich bis dahin nicht genügend Arbeitswillige gefunden haben. Der Betrieb ruht aber schon jetzt fast vollständig, da auch die meisten Nichtorganisierten die Arbeit eingestellt haben. Das ist der beste Beweis, daß der Streik nicht das Werk einiger „Heizer“ ist, sondern tatsächlich große Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft besteht. Der Direktor des Werkes, Herr Rixdorf, ist einer der bekanntesten Scharfmacher, was die ganze Situation natürlich nicht erleichtert.“

Geheimer Regierungs- und Gewerbe rat Storp hat am Freitag mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen und der Arbeiterkommission behufs Anbahnung von Verhandlungen eine Besprechung veranstaltet, die auch stattgefunden hat. Der Herr Geheime Rat Storp hat die in der Besprechung formulierten Forderungen der Werkleitung vorgetragen und versucht, den Frieden herbeizuführen. Das erkennt die Arbeiterschaft dankbar an. Die Werkleitung will die Lohnkürzen, wenn möglich auch die 15tägige Mittags- und 1/2tägige Frühstücks- und Vesperpause eventuell bewilligen. Auch die gewünschte Festsetzung eines bestimmten Vohntages will sie in Ermüdung ziehen. Sie will aber unter keinen Umständen mit den Arbeitern auch bezüglich dieser Punkte in Verhandlung treten, bevor nicht in aller Form die Lohnforderungen zurückgezogen werden. In einer Arbeiterversammlung, die darauf stattfand, wurde nach einem ruhigen, sachlichen Referat des Gewervereinssekretärs Trabert das Angebot der Werkleitung einstimmig abgelehnt. Es ist allerdings auch ein sehr verständliches Verlangen, daß die Arbeiter erst wieder die Arbeit aufnehmen sollen, ehe mit ihnen verhandelt wird. Solche Verhandlungen aufzunehmen hätte die Werkleitung Zeit gehabt in der 14tägigen Kündigungszeit. Die Arbeiter sind durchaus korrekt vorgegangen!

Jetzt kommt es darauf an, die Bewegung materiell zu unter-

stützen und namentlich die Arbeiter der Hüttenwerke hätten hierzu ganz besonderen Anlaß. Die Mitglieder des Gewervereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter der Hüttenwerke in Westfalen und Schlesien werden es an dieser Hilfe gewiß nicht fehlen lassen.“

Soweit der Brief. Wir hoffen, daß diese letzte Mahnung lebhaften Widerhall finden wird nicht nur bei den Mitgliedern der Maschinenbauer, sondern bei allen Gewerkevereinigern in ganz Deutschland, sobald von der Hauptstelle dazu aufgefordert wird.

„Kotwehr“ überschreibt Kollege Paul Träger einen von ihm in der „Kaufmännischen Rundschau“ veröffentlichten Artikel, der sich mit dem Terrorismus der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften gegen die Gewerkevereine befaßt und die Kollegen des Vereins der Deutschen Kaufleute auffordert, für die Gewerkevereine zu wirken. In diesem Aufsatz heißt es:

Es ist anläßlich des Verbandstages der „Christlichen“ sowie Aufhebens gemacht von der großen Zunahme der Mitgliederzahl in diesem Verbands, aber wie gewinnt man die Mitglieder? Da teilt das Blatt des Gewerkevereins der Bauhandwerker mit, daß auf einem Bau, wo die „Christlichen“ die Herrschaft hatten, einfach den Gewerkevereinigern, als sie sich ausweichten, daß sie zum Gewerkeverein gehören, das Zutrittsgeld fortgenommen und mitgeteilt wurde, daß sie eingetragen würden im Christlichen Verein der Bauhandwerker. Das ist aber nicht ein vereinzelter Fall, sondern fortgesetzt geschieht gleiches.

Bei den sozialistischen Gewerkschaften ist es genau so. Wer sich nicht einfinden läßt für die sozialistische Gewerkschaft, der muß Beleidigungen und Schädigungen jeder Art auf der Arbeitsstelle erwarten. In vielen Berufen ist es soweit, daß nur Arbeiter auf der Arbeitsstelle gebildet werden, die der sozialistischen Gewerkschaft angehören. Wer das nicht glauben will, der frage einmal auf einem Bau an, ob es dort möglich ist, daß irgend ein Bauhandwerker arbeiten kann, der der sozialistischen Gewerkschaft nicht angehört. Hat jemand morgens neu angefangen, so wird er spätestens in der Mittagspause gefragt, ob er „eine Wäsche“ habe, d. h. ob er sich ausweisen kann als Mitglied der sozialistischen Gewerkschaft, kann er dies nicht, so muß er entweder sofort beitreten, oder die Baustelle verlassen. Kein Arbeitgeber schützt ihn. Und diese Gewerkschaften, die durch brutale Gewalt Mitglieder werben, nennen sich „freie Gewerkschaften“. Eine schamlose Ironie ist wohl kaum denkbar. In der letzten Nummer des „Regulator“, der Zeitschrift des Hirsch-Dunderschen Gewerkevereins der Metallarbeiter ist ein Fall wiedergegeben, der so recht die Brüderlichkeit der „freien“ Gewerkschaften beleuchtet.

Die „Freien“ hatten im Kabelwerk Oberschöneweide den 1. Mai gefeiert und deshalb war eine Aussperrung der Arbeiter erfolgt. Zwei Hirsch-Dundersche wurden mit ausgesperrt, obgleich sie den 1. Mai nicht mitgefeiert. Sie konnten daher auch einen Tag früher die Arbeit aufnehmen als die „Freien“. Nun ging aber unter Führung des Vertrauensmanns der „Freien“ der Feiernabend los. In der Werkstatt wurde vor den beiden Gewerkevereinigern ausgesperrt, beim Waschen wurden sie fortgedrängt und beschimpft. Auf Beschwerde der Gewerkevereiner floh der Vertrauensmann hinaus. Jetzt wurden die „Freien“ vorstellig, man solle die beiden Gewerkevereiner entlassen. Damit blühte man ab. Eines Tages schickte dem einen Gewerkevereiner ein Werkzeug im Werte von 5 Mk. aus seinem Werkzeugkasten. Kurz darauf fehlten wieder zwei Stücke Werkzeug. Am folgenden Tage wollten die Gewerkevereiner eine Gastwirtschaft besuchen in der Nähe der Kabelwerke, da wurden sie in der schändlichsten Weise von dem Wirt hinausgewiesen. Als sie an einer anderen Gastwirtschaft vorübergingen, in der Arbeiter der Kabelwerke saßen, floh eine Kaffeetasse aus der Wirtschaft dem einen Gewerkevereiner dicht am Kopf vorbei. Diese Rohheiten und Gemeinheiten werden die Gerichte bestrafen.

Besteht wir das den Kollegen alles erzählen? Weil wir sie auffordern wollen, den Verbandsgenossen tatkräftige Hilfe zu leisten.

Sollen die „Freien“ und die „Christlichen“ die Gewerkevereiner auslagern, dann haben wir die Pflicht, dafür zu sorgen, daß unsere Verbandsgenossen bei Vergebung von Arbeitsstellen bevorzugt werden. Zahlreiche Mitglieder unseres Vereins können die Geschäftsleitung bestimmen, nur Mitglieder der Deutschen Gewerkevereine Hirsch-Dunder in Arbeit zu nehmen. Sicher haben manche Kollegen leitende Stellen in Unternehmungen, in denen die „Freien“ oder die „Christlichen“ ihre Gewalttätigkeiten gegen unsere Verbandsgenossen ausüben, ohne daß die Kollegen bisher darauf geachtet haben. Jetzt muß für alle diese Kollegen die Lösung sein, daß nur Angehörige unseres Verbandes bevorzugt angestellt werden. Sache der einzelnen Gewerkevereine ist es, die Arbeitsvermittlung zu fördern, um auch mit Werbern dienen zu können....

Wird überall darauf gehalten, daß der Druck der Sozialdemokraten und der Christlichen mit dem nötigen Gegenruck beantwortet wird, dann werden die Mitgliederzahlen recht bald ansehnlich wachsen. Wir aber dürfen dann erwarten, daß die Verbandsgenossen ihre Ehre dem Verein der Deutschen Kaufleute zuführen, womit sie dem Verbands ebenfalls nützen wie uns.

Eine gegenseitige Förderung aller dem Verbands der Deutschen Gewerkevereine angehörenden Organisationen ist notwendig und den einzelnen Gewerkevereinen wie dem Verbands nützlich.

Arbeiterbewegung. Auf dem Hüttenwerk Rote Erde bei Aachen legten Ende voriger Woche die Arbeiter in den Stahlwerken, der Abfuhr, der Schlackenmühle und den Maschinenbetrieben nach vorausgegangenem 14tägiger Kündigungs die Arbeit nieder. Unser Gewerkeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter ist stark beteiligt. — Der Ausstand in der Maschinenfabrik von Hayd & Nea in Karlsruhe ist zugunsten der Arbeiter beendet worden. — In Rassel legten 180 Klempnergesellen die Arbeit nieder. Sie verlangen kürzere Arbeitszeit und Lohnerhöhung. — Die Fasser und

Diese Umfrage erstreckte sich in der Hauptsache auf die Ortskrankenkassen der Städte über 10 000 Einwohner. Insgesamt wurden 1277 Fragebogen ausgegeben, von denen aber nur 424 beantwortet wurden. Da es in Deutschland 4709 Ortskrankenkassen gibt, so ist die Zahl der befragten bzw. Antwort gegebenen Kassen eine nur sehr kleine. Dieser Enquete glaubte man dadurch ein objektives, glaubwürdiges Ansehen zu geben, indem die Fragen an die Arbeitgebervertreter in den Ortskrankenkassen gerichtet wurden.

Auf die Frage, ob sich Sozialdemokraten in den Vorständen befinden, antworten 166 Kassen mit ja, während 181 diese verneinen. Die übrigen Kassen ließen die Frage unbeantwortet, was auch eine Antwort ist. In 2 Kassen sind sämtliche Vorstandsmitglieder Sozialdemokraten, in 81 Kassen sind alle Arbeitnehmer, in 69 Kassen die Hälfte der Arbeitnehmer und mehr und in 24 Kassen sind weniger als die Hälfte der Arbeitnehmer Sozialdemokraten. In 7 Kassen sind mehr als die Zahl der Arbeitnehmervertreter Sozialdemokraten, also auch ein Teil der Arbeitgeber. Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind bei 25 Kassen vorgekommen.

Die Fragen nach sozialdemokratischen Kassenbeamten haben 413 Kassen beantwortet, von welchen 88 mitteilen, daß sich unter ihren Beamten Sozialdemokraten befinden. Diese 413 Kassen beschäftigen zusammen 1524 Beamte, von welchen 201 als Sozialdemokraten bekannt sind. Bevorzugung von Sozialdemokraten bei Beamtenanstellungen wird von 393 Kassen verneint, von 17 Kassen bejaht, während 2 Kassen diese Fragen unbeantwortet ließen und 2 Kassen erklärten, daß sich die angestellten sozialdemokratischen Beamten bewährt haben.

Die Bevorzugung sozialdemokratischer Ärzte wird von allen Kassen verneint. Auf die Frage, ob Kassenmittel zu Parteizwecken dienstbar gemacht werden, antworten 406 Kassen mit nein, 5 mit ja. Die Arbeitgebervertreter von 383 Kassen erklären auf die Frage, ob die Kassengeschäfte in sozialdemokratischem Sinne beeinflußt werden, im verneinenden Sinne. Ein politischer Einfluß sei nicht wahrgenommen worden.

Beim Lesen des Ergebnisses dieser Umfrage müßte man zu der Ueberzeugung kommen: Rein Engel ist so rein! Für ein gutes Gelingen der Erhebungen wird sowohl die Auswahl der Ortskrankenkassen als auch die Art der Fragen beigetragen haben. Man fragte z. B. ob sozialdemokratisch geneigte Ärzte und Beamte bei der Anstellung bevorzugt werden, vergaß aber ganz, feststellen zu lassen, in wieviel Fällen sozialdemokratische Geschäftsleute als Referenten bevorzugt werden, sozialdemokratische Zeitungen die ausschließlichen Publikationsorgane sind, ob bei Wahlen, z. B. Gewerbegerichts wahlen, Wahlen zu den Schiedsgerichten und dem Reichsversicherungsamt, für die Gewerkschaften aus Parteinteresse Wählerlisten aufgestellt werden! Das sind Fragen, die wichtiger sind als die Mehrzahl der gestellten. Auch werden die schwierigsten Sachen, wie die ange deuteten, größtenteils unter der Hand besorgt, so daß die Arbeitgebervertreter das wenigste davon verspüren. Wenn nun im Reichstage wieder einmal die Behauptung aufgestellt wird, die Beamten stellen in den Ortskrankenkassen dienen vielfach den „Genossen“ als Futtertröpfe, oder in der Verwaltung herrsche gar „Vodderwirtschaft“, dann wird mit dieser „bedeutamen und umfangreichen Erhebung“ alles schlagend widerlegt. Vielleicht nennt man die Orte, von wo Antworten eingegangen sind. Vielleicht findet sich dann ein unbedeutiger Dritter zu einer kleinen Nachprüfung.

Indes, so mangelhaft die Enquete auch ist, ein verdienstliches Werk bleibt sie doch. Unsere Gewerksvereiner sind aufmerksam gemacht worden auf die Notwendigkeit, den Wahlen zu den Ortskrankenkassen Aufmerksamkeit zu widmen, und sich selbst energisch zu beteiligen.

Wie es in solchen Kassen ausfiel, die eine sozialdemokratische Verwaltung haben, dafür geben die Vorkommnisse in der Ortskrankenkasse zu München ein beklagenswertes Bild. Es ist der eingangs erwähnte Prozeß, der dieses Bild gerichts-notorisch gemacht hat. Der Prozeß umfaßte 8 Einzelsklagen, gestellt von 23 Klägern, nämlich den Vorstandsmitgliedern der Münchener Ortskrankenkasse. Angeklagte waren ein Arzt und der Verwalter eines der Kasse gehörenden Sanatoriums wegen Beleidigung des Kassenvorstandes. Kläger und Verklagte sind Sozialdemokraten. Tatsache, daß sich die kämpfenden Parteien zu der einzig patentierten Intelligenz, der Sozialdemokratie rechnen. Der Prozeß wurde zu einer eklantanten moralischen Niederlage des klagenden Vorstandes.

Die geschäftlichen Beziehungen der Vorstandsmitglieder zur Kasse waren für diese recht einträglich. Es war so eine Art Zippels-fisch & Co. Alle Druckmaschinen — und deren sind bei der zweitgrößten aller deutschen Kassen nicht wenige — hat die sozialdemokratische Partei-druckerei zu liefern, da der Expedient dieser Druckerei zugleich Vorsitzender des Kassenvorstandes ist. Ein anderes Vorstandsmitglied ist sozialdemokratischer Handelsbesitzer. Sein Prinzipal war Kassenlieferant. Jener nahm eine Stelle in einem Warenhaus an. Nicht natürlich, als daß nun dieses Warenhaus Kassenlieferant wurde! Ein Bruder dieses Vorstandsmitgliedes war Reisender in einem Geschäfte. Es überrascht daher nicht, daß dieses Geschäft den Zuschlag bei einer größeren Kassenlieferung und der Reisende seine wohlverdiente Provision bekam. Ebenjowenig kann es uns wundern, daß ein anderer, näher Verwandter des gleichen Vorstandsmitgliedes, umfangreiche Arbeiten für die Kasse zugewiesen bekam. Ein Vor-

standsmitglied lieferte die Stempel für die Kasse, ein anderes den Sanatorien die Kolonialwaren, ein drittes die Bürsten, ein viertes die Schuhe für die Pflegerlinge. Ein agitatorisch hervorragend tätiges Vorstandsmitglied lieferte, als Brauereibetreter, dem Sanatorium Kirchseeon das Bier. Daß die Brauerei für diesen Herrn eine größere Schuld bezahlte, war selbstverständlich nur eine zufällige Anwendung von Großmut, nicht aber ein Entgelt für die Vermittlung des Biermonopols. Ein Schreinermeister überforderte für gelieferte Arbeiten die Kasse derart, daß er es nicht einmal merkte, als er sich bei der Addition um 400 M. zu seinem Schaden bezichtigt hatte. Ein anderes Vorstandsmitglied, dem 150 M. Delegationskosten von der Aufsichtsbehörde gestrichen wurden, rechnete dieselben für ansehnend geleistete Bureauarbeiten um. Das alles ist gerichts-notorisch festgestellt.

Wie aus dem uns vorliegenden Verhandlungsbericht noch ersichtlich ist, übersteigen die Verwaltungskosten, auf den Kopf der Mitglieder berechnet, noch diejenigen der Kassen in Hamburg, Leipzig und Frankfurt a. M. Diese Erscheinung findet seine Begründung in der Tatsache, daß seit der Verschmelzung der Münchener Kassen im Jahre 1903 nur Sozialdemokraten als Beamte angestellt wurden.

Wegen der Form der Beleidigung wurden zwar die zwei Angeklagten zu einer kleinen Geldstrafe verurteilt, doch dürften die moralisch Verurteilten die Vorstandsmitglieder der Ortskrankenkasse sein.

Erholungsurlaub für Arbeiter.

Ueber die Notwendigkeit und Möglichkeit der Gewährung eines Urlaubs an Arbeiter und Arbeiterinnen sollte heutzutage kaum noch gestritten werden. Trotzdem erscheint der Mehrheit der Arbeitgeber die Gewährung von Ferien an die Arbeitnehmer noch ein unübliches Problem. Mögen die Gründe, welche die Fabrikanten zu ihrer ablehnenden Haltung anführen, z. B. das Fehlen von geschulten Ersatzkräften, flotter Geschäftsgang usw. vielfach zutreffen, so sollte man doch über die Notwendigkeit einer Arbeitsunterbrechung zum Zwecke der Erholung nicht streiten. Für Beamte, Staats- und Kommunalbedürden gilt der Sommerurlaub für etwas ganz selbstverständliches, jedoch nicht für Arbeiter. Gering ist selbst die Zahl der staatlichen und kommunalen Betriebe, die ihren Arbeitern unter Fortzahlung des Lohnes eine Pause zur Sammlung neuer Arbeitskräfte gönnen.

In den Berichten der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten sind die Mitteilungen über die Gewährung eines Urlaubs daher auch immer noch eine große Seltenheit. Vom Arbeiter nimmt man an, daß seine Tätigkeit nicht so anstrengend sei als die eines Bureau-menschen. Die Zahl der Orte und Unternehmungen mit Sommerurlaub ist also noch verschwindend klein, daß Wachsen dieser Zahl zeigt aber, daß der Sommerurlaub allmählich Anerkennung findet. In den Jahresberichten der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1905 z. B. erwähnen die Inspektoren der Regierungsbezirke von Aachen, Berlin, Breslau, Cassel, Danzig, Erfurt, Hannover, Königsberg, Vr., Merseburg, Münster, Potsdam und Wiesbaden die Einführung oder Ausdehnung von Urlaub in verschiedenen Orten und Fabriken. Die Länge der Erholungspause richtet sich meist nach der Dauer der Tätigkeit des Arbeiters bei einem Unternehmer und reicht nach den bisherigen Ermittlungen in der Regel nicht über 14 Tage hinaus. In vielen Fällen wird der Lohn auch in der Ferienzeit gezahlt, ver einzelt erhalten die Arbeiter auch noch besondere Zuschüsse aus den sogenannten Wohlfahrtskassen.

Was für uns als eine selbstverständliche, durchaus nicht übertrieben wohlthätige Einrichtung gilt, scheint bei vielen Interessenvertretungen der Unternehmer noch als zweifelhaft zu gelten. Um die Frage der Notwendigkeit eines Erholungsurlaubes an die Arbeiter zu klären, ließ vor kurzem die Handelskammer in Bremen eine Umfrage an alle gleichen Institute im Reiche richten. Während in Frankfurt a. M. die Zahl der Firmen, die ihren Angestellten Urlaub gewähren, auf über 200 geschätzt wird, kann von einem annähernd ähnlich günstigen Resultat in Berlin und an anderen Orten noch nicht berichtet werden. Die Korporation der Kettsticker der Berliner Kaufmannschaft teilte der Fragestellerin mit, daß die Mehrzahl der Berliner industriellen Firmen keinerlei Sommerurlaub gewährt. Ein Teil der Fabrikanten sei dieser Frage überhaupt noch nicht näher getreten und der größere Teil der Unternehmer beabsichtige die Einführung von Ferien überhaupt nicht. Die Korporation der Kettsticker erklärt aber, daß den Arbeitern eine richtig angewendete Erholungspause gesundheitlich förderlich sei und ihre Arbeitsfähigkeit hebt. Auch die Handelskammer zu Berlin konstatiert in ihrem Jahresbericht für 1905, daß sowohl den Angestellten im Handelsgewerbe als auch den Bäckern und Hausdienern in zunehmendem Maße Sommerurlaub gewährt wird, dessen sie wegen ihrer anstrengenden Arbeit auch bedürften. Der fürsorgliche Geist der Kaufleute scheint demnach besser ausgebildet zu sein, als derjenige der Industriellen.

Dieses beweist auch ein Auskunft, welche die Handelskammer zu Chemnitz der Bremer Kollegin auf ihre Anfrage bezüglich des Erholungsurlaubes für Arbeiter hin gab. Sie konnte ebenso wie die Berliner Kammer konstatieren, daß an Beamte und technische Angestellte, vereinzelt auch an Werkmeister ein Sommerurlaub gewährt wird, nicht aber an Arbeiter. Ihre ablehnende Haltung gegen

Grabenre der Goldwarenbranche in Forzheim beabsichtigten Ende vergangener Woche in eine Lohnbewegung einzutreten. Im Falle der Arbeitsniederlegung drohten die Fabrikanten mit der Schließung der Betriebe. Die sofort eingeleiteten Einigungsverhandlungen führten zu einer Verständigung, indem den Fassern und Grabenre eine Lohnverhöhung in Aussicht gestellt wurde. — Die Maurer in Emmendingen sind in einen Ausstand getreten, um ihre Forderungen, 10stündige Arbeitszeit und 43 Pfg. Stundenlohn, zur Durchführung zu bringen. — Ein Streit der Bauhilfsarbeiter in Rehov ist durch das Entgegenkommen der Arbeitgeber abgewendet worden. Der Stundenlohn wurde von 45 Pfg auf 48 Pfg. erhöht und beträgt vom 1. April n. J. ab 50 Pfg. — Der Streit der Maurer und Bauhilfsarbeiter in Grimmitzschau, der am 7. Mai begann, ist zugunsten der Arbeiter beendet. Die Arbeitszeit beträgt vom nächsten Jahre ab 10 Stunden; der Lohn wurde bei den Maurern auf 39 bezw. 40 Pfg., bei den Bauhilfsarbeitern auf 28 bezw. 30 Pfg. erhöht. — Um den Streit im Glasergewerbe zu Berlin zu beenden, erklärten sich die Arbeitgeber bereit, den Stundenlohn auf 70 Pfg. zu erhöhen. Für nichtselbstständige Arbeiter soll derselbe 60 Pfg. betragen. Trotzdem die Gehilfsvertreter vor dem Einigungsamt diesen Abmachungen zustimmten, lehnten die Arbeiter dieselben ab, weshalb der Streit noch andauert. — In der Süddeutschen Industrie Waldhof bei Mannheim ist ein Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausstand getreten. — Eine große Textilarbeiterausperrung ist in Neumünster zu erwarten. Die Arbeiter einer größeren Firma forderten 10 pCt. Lohnverhöhung, Einführung eines Lohntarifs, bessere Beachtung der Ueberstunden und bei Musterwebereien einen Tagelohn von 4,50 Mk. Da der Fabrikantenverein diese Forderungen für unerfüllbar hielt, schied auch in keine Unterhandlungen ein, wurde mit einer Aussperrung sämtlicher Textilarbeiter gedroht, die am 21. d. Mts. zur Ausführung kommen soll. — Die Lohnbewegung der Textilarbeiter im Mecklenburg-Glauchauer Bezirk ist gütlich beendet. Die Arbeiter erhalten eine Lohnaufbesserung von 3—11 pCt. — In Zwidau, Schönheide und anderen Orten des Erzgebirges stehen die Bürstenfabrikarbeiter in einer Lohnbewegung. Falls eine Einigung nicht zustande kommen sollte, würden ungefähr 1000 Personen in den Streit eintreten. — Die erzgebirgischen Pappen- und Papierarbeiter befinden sich gleichfalls schon seit längerer Zeit in einer Lohnbewegung, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Die Lohnbewegung der Barbier und Friseur in Leipzig ist nach viermonatlicher Dauer beendet worden. Die Arbeitgeber gewähren bei 12—13stündiger Arbeitszeit einen Lohn von 10—12 Mk. bei ganzer und 16—19 Mk. bei halber Kost. — Der Streit der Steinbrucker und Lithographen in Hannover ist nach 18wöchiger Dauer mit einem kleinen Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Etwa 1000 Kohlenarbeiter und Kutscher in Berlin sind in einen Streit eingetreten; desgleichen die Kohlenträger in Worum. Diese fordern einen Tagelohn von 5 Mk. im Sommer und 4 Mk. im Winter. — Für die Gasarbeiter in Hamburg wurde die 10stündige Arbeitszeit eingeführt und der Tagelohn für ungelernete Arbeiter auf 4 Mk. erhöht. Außerdem erhalten die Arbeiter nach drei Dienstjahren einen vierwöchentlichen Urlaub unter Fortbezahlung des Lohnes.

Die katholischen Grafen Silesiens, meist große Großgrundbesitzer, haben der Zentrumstration schon mancherlei Unbequemlichkeiten bereitet und sie immer mehr in das agrarische Lager getrieben. Jetzt macht der Landtagsabg. Graf Strachwitz-Bertelsdorf wieder einige recht starke Seitenstöße. Die von seiner Fraktion, den Konserverativen und den Nationalliberalen, unter Führung der letzteren, angenommenen neuen Steuern sind allerdings „sehr kunftfarbig“ und wenn im gleichen Tempo wie bisher, weiter gerüstet wird, dann dürften die neuen überaus unpopulären Steuern allerdings nicht ausreichen, das Reichsdefizit zu decken. Graf Strachwitz spottet im Organ des Bundes der Landwirte, der Deutschen Tageszeitung, über die Taten seiner eigenen Fraktion und richtet gegen die Regierung heftige Vorwürfe.

Die Regierung wußte, daß die Mittel zur Aufrechterhaltung der Weltmachstellung Deutschlands „nur durch eine stärkere Belastung des Massenverbrauchs ausreichend (insonderheit basiert auf eine einheitliche Besteuerung des Alkohols in Wein, Bier, Spiritus) und bei der andauernd steigenden Wohlhabenheit der breiten Massen der Bevölkerung auch in erträglicher Weise aufgebracht werden können.“

Der Herr Graf lehrt sich also keineswegs an die auf Antrag des Zentrums in das Flottengesetz von 1900 gebrachte Bestimmung, daß die Deckung für die neuen Marineausgaben nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichsausgaben aufgebracht werden darf. Das Zentrum dürfte also gar nicht so handeln, wie es Graf Strachwitz verlangt. Eine Besteuerung in der von dem Grafen gedachten Art würde eine Mehrheit im Reichstage nicht gefunden haben. Das wäre ja auch noch schöner, wenn in so großer Form der Reichstag sein Wort hätte brechen wollen. In der Biersteuer und in der Aufhebung des billigen Ortsportos ist der Reichstag schon erheblich abgewichen von dem Boden der von ihm selbst übernommenen moralischen Verpflichtungen.

Graf Strachwitz weiß natürlich auch, daß der Reichstag keine Mehrheit für Besteuerung des Massenverbrauchs in seinem Sinne hätte zusammenbringen können. Das geniert den Herrn Grafen aber weiter nicht. Die Regierung hätte ja den Reichstag auflösen und das Wahlrecht abändern können.

Wenn der Reichstag gesehen hätte, daß sie (die Regierung) unbesiegbar ihren Willen vertreten hätte und die Ueberzeugung hätte gewinnen können, daß außerdem die Regierung die Staatsverhältnisse den Parteien gegen diejenigen des Umsturzes zu schätzen gewillt gewesen wäre, so hätte aller Voraussicht nach — schon in Erinnerung an das Jahr 1887 — der tagende Reichstag eine großzügige, einheitliche und genügende Steuerreform gebilligt. Und war es nicht der tagende, so war es ein anderer Reichstag, ein so oder so gewählter!

„Ein so oder so gewählter Reichstag!“ Das ist ein deutliches Verlangen nach einer Abänderung des Wahlrechts!

Das Volk belassen und es um seine Rechte bringen wollen — das ist echt agrarisch! Die kattholischen Agrarier aber unterzeichnen sich eben heute nicht mehr von den Agrariern anderer Konfession.

Die „Stellbewerber“ haben keine Streikbrecher, wenigstens wird es immer von ihnen behauptet. Tatsächlich ist es aber so, daß keine Arbeiterorganisation in Deutschland so viele Streikbrecher zu verzeichnen hat, wie es gerade in den stellbewerbesten Organisationen der Fall ist. Davon zeugt auch die Nummer 33 der „Metallarbeiterzeitung“, welche zwei lange Spalten Namen von Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes aufzählt, die wegen Streikbruchs ausgeschlossen wurden. Wollten wir mit dem Maß messen, das die sozialdemokratischen Gewerkschaften an die Gewerkschaften anlegen, dann würden wir berechtigt sein zu sagen, der Metallarbeiterverband ist eine Streikbrecherorganisation. Tatsächlich gibt es allerdings in seinen Reihen die meisten Streikbrecher. Heute schließt er sie aus und nach einer Weile nimmt er sie wieder auf.

In Kopenhagen fand in voriger Woche eine **internationale Konferenz zur Erlangung des Frauenstimmrechts** statt. Die deutsche Frauenstimmrechts-Gruppe war durch 6 Damen vertreten, doch war für jede auch noch eine Stellvertreterin anwesend. Frankreich, die Schweiz und auch Belgien wären nicht vertreten, weil in ihnen noch keine Frauenstimmrechtsvereine bestehen. Neuerdings ist das Frauenstimmrecht durch die russische Regierung in Finnland eingeführt worden. Dr. Anita Augsburg trat vor, daß ihr deutscher Verband das Frauenstimmrecht zu erwerben und schon vorhandene kommunale Rechte zu wahren suche. Eigentlich beständen nach dem preussischen allgemeinen Vordrecht für beide Geschlechter gleiche kommunale Rechte, sofern diese nicht durch Sonderbestimmungen aufgehoben würden. Solche Sonderbestimmungen fehlten aber. Es müsse daher das kommunale Stimmrecht der Frauen zuerst energisch geltend gemacht werden. Die meisten Rednerinnen appellierten an die Männer, die ihnen helfen möchten, das Stimmrecht für die Frau zu erlangen.

Die Heimarbeit-Ausstellung in Berlin hat nicht nur in Deutschland die Volkfreunde aufgerufen für den Schutz der Arbeiterinnen und Arbeiter in dieser Industrie einzutreten, sie hat auch den nicht minder erheblichen Erfolg gehabt, daß in London eine Heimarbeit-Ausstellung nachfolgte, die sich ebenfalls starken Besuches und großen Eindrucks zu erfreuen hat. Die sozial-interessierten Kreise Londons haben eine Anti-Sweating-Viga gegründet. Diese Viga wendet sich an alle Volkfreunde mit einem Aufruf zum Beitritt, worin erklärt wird:

... daß die ganze Nation Schuld trage an den jämmerlichen Löhnen, auch die Frauen der Arbeiter, welche gern für billiges Geld allerlei unnützen und meistens minderwertigen Puz kauften. Wenn das ganze Volk anfangen würde, nur solche Gegenstände zu kaufen, die unter menschenwürdigen Bedingungen hergestellt würden, könnte man auch den Ausschluß der billigen fremdländischen Artikel verlangen, die unter Bedingungen hergestellt würden, die man in England nie dulden würde, und durch deren Konkurrenz die hiesigen Löhne so gedrückt würden.

Der Angriff auf die fremdländische Konkurrenz richtet sich augenscheinlich gegen die deutschen Fabrikate besonders der Konfektion. Die deutschen Unternehmer erkennen daran, wie ihre auf Grund von schlechten Löhnen mögliche Konkurrenz im Auslande beurteilt wird. Lohnverbesserungen würden für die deutsche Konfektionsindustrie keineswegs gleichbedeutend sein mit einer Verminderung der Konkurrenzfähigkeit. Die Arbeit wird besser und dadurch auch wohlfeiler.

Ende dieses Jahres wird auch in Amsterdam eine Heimarbeit-Ausstellung stattfinden.

Wo wird am meisten gehetzt? Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich finden im Vergleich zur Bevölkerung die meisten Ehegeschließungen in Algerien statt, wo auf 1.000 Personen 9,9 Ehen entfallen, dann kommen Bulgarien mit 9,6, Serbien mit 9,5, Rußland mit 9,2, Britisch Honduras mit 9,0, Rumänien mit 9,0, Westaustralien mit 8,6, Japan mit 8,4, Spanien mit 8,2, Formosa mit 8,2, Neu-Seeland mit 8,1, Ungarn mit 8,1, Deutschland mit 8,0,